

Stoltenberg diese Woche bei der Vorlage seines Etatentwurfs 1988 und der Plan-
daten bis 1991 vorgibt. Sie wollen eigene
Haushaltsdaten „an der unteren Grenze
für Konjunktur und Steuereinnahmen“
(Haussmann) durchrechnen, einen „ehr-
lichen Überblick“ gewinnen. Hauss-
mann: „Wir können uns ja nicht völlig
dem Stoltenberg ausliefern.“

Wirtschaftsminister Bangemann will
sich einstweilen als Sparvorbild für
CDU/CSU-Kollegen herausputzen. Er
läßt derzeit zusammenstellen, was er
schon alles in seinem Etat gestrichen hat.
Dann kann die FDP, so der Plan, glaub-
würdig fordern, auch den Forschungsetat
oder die Baukasse zu schröpfen.

Ganz gelassen verfolgt Außenminister
Hans-Dietrich Genscher derweil, was
sich in der Bonner Koalition zusam-
menbraut. Mit Heiner Geißler, Blüm
und Familienministerin Rita Süssmuth,
so der Taktiker, habe er drei Wortführer
jenes Parteiflügels der CDU/CSU auf
seiner Seite, die seine Entspannungspoli-
tik unterstützen. Wenn die drei in Zu-
kunft die Richtung der Partei bestimmen
würden, hätte er in der Koalition eine
ruhige Zeit.

Für die Wirtschafts- und Sozialpolitik
dagegen bauen sich, behält Genscher
recht, kaum überwindbare Konflikte
auf. Selbst Haussmann, der vergangene
Woche den forschen Lambsdorff noch zu
bremsen versuchte, sieht Grenzen.
„Wenn Blüm eine christlich-sozialisti-
sche Politik zur Koalitionsfrage erklären
würde“, so der FDP-Mann, „dann könn-
ten wir nicht mehr mitmachen.“

DIPLOMATIE

Fremde Zwecke

**Trotz großer Bekenntnisse des Bun-
deskanzlers: Die Achse Bonn – Paris
funktioniert nicht.**

Das waren noch Zeiten für den ehema-
ligen Frontoffizier Alfred Dregger,
als er sich mit Ronald Reagans Amerika
einig wußte. Da konnte der Anführer
der sogenannten Stahlhelm-Fraktion in
den Unionsparteien frohlocken, die
amerikanischen Freunde hätten endlich
„deutlich gemacht, daß sie nicht länger
bereit sind, unter den Parolen ‚Entspan-
nung‘ und ‚Dialog‘“ mit den Sowjets zu
verkehren.

Doch nun, in der Dämmerung der
Amtszeit des stets von ihm so verehrten
Präsidenten, ist das Weltbild des Alfred
Dregger zusammengebrochen: Wenn die
Amerikaner ihre Mittelstreckenwaffen
abziehen, überlassen sie nach seiner
Meinung Westeuropa dem Zugriff der
Bolschewisten, die er schon als Welt-
krieg-II-Hauptmann vergebens in Schle-
sien aufzuhalten suchte.

Beim Schlesiertreffen, vorletzten
Samstag in Hannover, fachte der ent-
täuschte Amerika-Liebhaber unter den

Vertriebenen deutschnationale Stim-
mungen an: Mit dem, was die „Willkür
der Siegermächte“ angerichtet habe,
schwadronierte der Festredner, „müssen
wir fertig werden“. Deutsche und Polen
dürften „sich nicht weiterhin für fremde
Zwecke mißbrauchen lassen“.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler
hält die antiamerikanischen Töne in der
rechten Ecke der Union für „lebensge-
fährlich“. Und auch Richard Burt, Rea-
gans Statthalter in Bonn, warnte letzten
Donnerstag in Berlin vor „unbedachtem
Gerede“ über die Folgen der doppelten
Null-Lösung.

Gemeint war Alfred Dregger, der sich
selbst für den „wichtigsten Mann nach
dem Bundeskanzler“ hält. Im Allein-
gang und zum Schrecken von Helmut
Kohl hatte er sich aufgemacht, einen

der Sowjet-Union in Europa konventio-
nell nicht mehr ausgeglichen werden
kann“.

Und weil er gerade so schön in Fahrt
war, drosch der Stahlhelm-Chef gleich
auch noch auf das westliche Bündnis ein:
Die Nato habe „kein Konzept“ für Rü-
stungskontrolle und gar nicht geprüft,
„welche Instrumente für ihre Strategie
der abgestuften Abschreckung noch zur
Verfügung stehen“.

Zu allem Überfluß ließ sich Dregger
gar zu Spekulationen hinreißen, anstelle
eines Amerikaners könne ein französi-
scher General den Nato-Oberbefehl
übernehmen. In Paris lösten solche Ge-
dankenspiele über die Rückkehr der
Grande Nation in die militärische Inte-
gration der Nato mehr Heiterkeit als
Befremden aus.



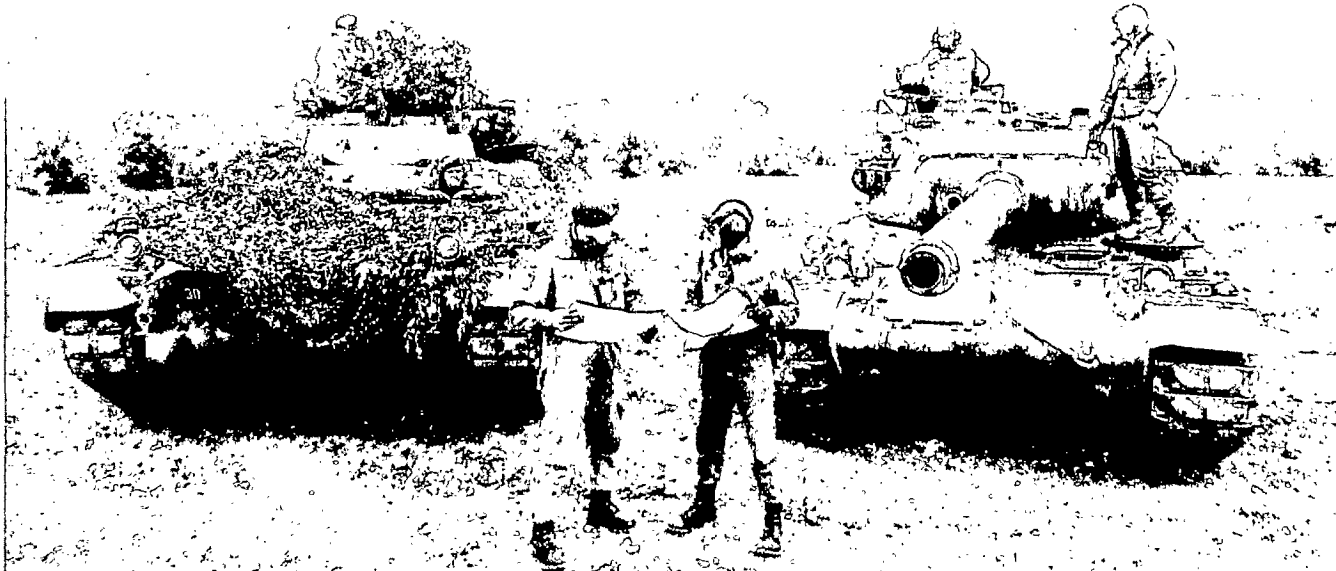
CDU/CSU-Fraktionschef Dregger: „Willkür der Siegermächte“

Ersatz für die von ihm längst verloren
gegebene Nukleargarantie der USA zu
suchen.

Seinen staunenden Parteifreunden
präsentierte der CDU/CSU-Fraktions-
chef vorletzte Woche den „gedanklichen
Entwurf“ einer Neuorientierung der
deutschen Sicherheitspolitik: Nicht mehr
die Nato, sondern eine von Frankreich
geführte „Europäische Sicherheitsuni-
on“ müsse nun Vorrang haben. Dregger
plagt die Furcht, daß die Amerikaner
alle ihre Atomwaffen abziehen und den
Deutschen auch noch das wichtigste Ele-
ment ihrer „nuklearen Teilhabe“, die 72
Pershing-1A-Raketen der Bundeswehr,
nehmen könnten. Der Schlüssel zu Dreg-
gers „Europäischer Sicherheitsunion“
soll bei den Atommächten Frankreich
und Großbritannien liegen, da nach
einer doppelten Null-Lösung bei den
Mittelstreckenraketen – so Dreggers Un-
terstellung – „die atomare Übermacht

Auch dem Kanzler in Bonn waren
solche Hirngespinnste zuviel. Er piff sei-
nen Dregger zurück: Frankreich könne
und wolle „nicht den atomaren Schutz
der Bundesrepublik übernehmen“. Vor
der CDU/CSU-Fraktion setzte Kohl am
Dienstag voriger Woche noch eins drauf.
Ohne jemanden beim Namen zu nennen,
warnte der Kanzler „alle Freunde Frank-
reichs“ vor „unerbetenen Ratschlägen“
und „öffentlicher Spekulation“. Das
zielte nicht nur auf Fraktionschef
Dregger, sondern auch auf Helmut
Schmidt.

Kohls Vorgänger redet seit Wochen
von einem „integrierten Westeuropäi-
schen Verteidigungssystem“ mit einem
„französischen Oberbefehlshaber“, das
nicht „unter dem Signum der Nato“
steht. Auch Schmidt will „den Wirkungs-
bereich der französischen Abschrek-
kungskräfte“ so erweitern, daß sie nicht
mehr nur das französische Territorium



Deutsch-französisches Manöver in Munsingen: „Gemischte Brigade als Demonstrationsobjekt“

durch Abschreckung verteidigen, sondern das westeuropäische Festland als Ganzes“.

Einen Fürsprecher hat Schmidt in Paris gefunden – den ehemaligen sozialistischen Premierminister Laurent Fabius (siehe auch SPIEGEL-Interview Seite 103). Damit steht der Sozialist in Frankreich allerdings ziemlich allein. Weder Präsident François Mitterrand noch sein Gegenspieler, der gaullistische Premier Jacques Chirac, denken derzeit daran, der Bundesrepublik eine französische Nukleargarantie zu geben.

Eher sind die Franzosen, die die Deutschen für ihre besten Freunde halten, wieder einmal von der Furcht getrieben, ihre Nachbarn könnten in den Neutralismus abdriften. Einem dynamischen Sowjetführer wie Michail Gorbatschow könne es womöglich gelingen, die Bundesrepublik, das Vorfeld der französischen Verteidigung, aus der Nato herauszubringen. So machte denn letzte Woche in Paris wieder das Wort von den „incertitudes allemandes“ die Runde, von den deutschen Ungewissheiten: Frankreichs Ex-Präsident Valéry Giscard d'Estaing brachte das „zentrale Problem“ vorigen Dienstag auf den Punkt: „Wir müssen Deutschland in Europa verankern.“

Erleichtert nahmen die Partner jenseits des Rheins denn auch zur Kenntnis, daß Kohl als Reaktion auf Dreggers wirre Ideen ein altes Vorhaben in neuer Verpackung präsentierte: die Aufstellung einer gemischten deutsch-französischen „Brigade“ – eines Militärverbandes, den es seit 1976 in der französischen Armee nicht mehr gibt.

Wie immer das militärische Gebilde einmal aussehen wird, fest steht schon jetzt, daß sein symbolischer Wert größer sein wird als sein militärischer. Weder in Bonn noch in Paris gibt es bisher ein klares Konzept über die Gemeinschaftstruppe. Doch Heereschef Hans-Henning von Sandrart hat Order, demnächst mit seinem französischen Kollegen Maurice

Schmitt Verhandlungen aufzunehmen. Hardthöhen-Staatssekretär Lothar Rühl: „Wir dürfen die Franzosen nicht enttäuschen.“

Eines ist den Bonnern schon jetzt klar: Die deutsch-französische Sondereinheit darf nicht an den Befehlssträngen der Nato hängen. Deshalb denken Manfred Wörners Fachleute daran, Einheiten des Territorialheeres, die nicht der Nato unterstehen, zum Gemeinschaftsdienst einzuteilen. So könnten am Rhein Deutsche und Franzosen gemeinsam Flußübergänge sichern, über die im Kriegsfall französische Kampftruppen zur Unterstützung der Vorverteidigung nach Baden-Württemberg und Bayern geführt werden sollen.

Aus der Sicht des Bonner Verteidigungsministers hat solches Engagement der Franzosen, wenn es im Frieden geübt wird, einen hohen Abschreckungswert. Wörners Leute sind auch sicher, daß sich wegen der ähnlichen Führungsgrundsätze und Taktiken der beiden Armeen die Schwierigkeiten meistern lassen, die sich aus der Sprachbarriere und der unterschiedlichen Qualität der Ausrüstung ergeben.

Voller Überschwang schwärmen manche Hardthöhen-Experten bereits von ähnlichen Gemeinschaftsaktionen mit Niederländern, Belgiern und Briten. Schon lästert Ex-Hardthöhen-Staatssekretär Andreas von Bülow, die Troupiers sollten sich doch gleich auf multinationale Kampfverbände einigen. Die babylonische Sprachverwirrung hätte aus der Sicht des SPD-Mannes auch ihr Gutes: „Eine solche Armee ist strukturell nicht angreifbar.“

Mit seinem „politischen Demonstrationsobjekt“ (ein Kohl-Berater) sucht der Kanzler ein Trugbild deutsch-französischer Harmonie zu schaffen. Denn in Wahrheit steht es mit dem deutsch-französischen Verhältnis nicht zum besten – auch wenn Kohl glauben machen will, es sei inniger als je zuvor.

So gehen gerade bei der vielbeschworbenen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit die Meinungen auseinander. Da, wo die Bonner auf Abrüstung drängen, blockt die Regierung in Paris stets ab, wenn das französische Militär betroffen ist: Die Franzosen halten am Ausbau ihrer Atomstreitmacht ebenso fest wie am Aufwuchs eines eigenen Potentials chemischer Waffen, die gerade die Bonner weltweit ächten lassen wollen. Außerdem weigert sich Paris, seine konventionellen Streitkräfte in den bevorstehenden Verhandlungen über einen Truppenabbau vom Atlantik bis zum Ural verringern zu lassen.

In der Rüstungskoooperation gibt es zwar eine Vielzahl von gemeinsamen Projekten, doch nur wenige kommen zügig voran. So steht das Prestigevorhaben eines gemeinsamen Kampffluschraubers wegen explodierender Kosten vor dem Scheitern. Auch aus den schönen Plänen, gemeinsam mit Frankreich ein Jagdflugzeug zu bauen, ist nichts geworden – die Franzosen stiegen aus dem europäischen Konsortium aus.

Interessengegensätze und Enttäuschung aber machen sich, allen Glaubens- und Freundschaftsbekennnissen zum Trotz, auch dort breit, wo die Grundlage zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik gelegt werden sollte: In der Agrarpolitik reden Deutsche und Franzosen aneinander vorbei. Die Harmonisierung der Währungspolitik und die Fortentwicklung des Europäischen Währungssystems kommen nicht voran. Und in der technologischen Zusammenarbeit verlangen die Franzosen einen höheren finanziellen Einsatz, als der Bonner Kassenwart Gerhard Stoltenberg leisten zu können glaubt.

Daß Bonn und Paris der Motor für eine europäische Integration auf dem Weg zur politischen Union sind, verkündet nur noch Helmut Kohl. Selbst sein Dregger hat begriffen: „Alles steckt im Interessengeflecht.“